Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 13. Februar 2014
Ausgabe 030
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **3**
› Kommunalwahl am 16. März: Das Wahlamt informiert 3
› Bayernkaserne: Wettbewerbsergebnisse werden vorgestellt 6
› Tipps rund um die energetische Gebäudesanierung 7
› Vortrag zur Ausstellung „DECOLONIZE MÜNCHEN“ 8
Antworten auf Stadtratsanfragen **9**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 14. Februar, 11 bis 13 Uhr, Rathaus, Kleiner Sitzungssaal
Oberbürgermeister Christian Ude begrüßt die Münchner Faschingsprinzenpaare und Faschingsgesellschaften zu einem Stehempfang.

Wiederholung
Freitag, 14. Februar, 11 Uhr, Ratskeller, „Alte Küferei"
„Ideenbörse: München – eine Idee besser": Bürgermeisterin Christine Strobl, Personal- und Organisationsreferent Dr. Thomas Böhle und der stellvertretende Vorsitzende des Gesamtpersonalrates, Constantin Dietl-Dinev, gratulieren über 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, deren Verbesserungsvorschläge 2013 prämiert wurden.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Freitag, 14. Februar, 14.30 Uhr, Kinderkrippe Krumbadstraße 23
Bei der Eröffnungsfeier der neu erbauten Kinderkrippe in der Krumbadstraße 23 hält Stadträtin Beatrix Zurek (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters die Festrede. Im Anschluss sprechen Dr. Susanne Herrmann, Leiterin der Abteilung KITA im Referat für Bildung und Sport in Vertretung des Stadtschulrats, und Dr. Andreas Dexheimer, Leiter der Geschäftsstelle der Jugendhilfe Oberbayern.
Die Einrichtung wurde von der GWG – Städtische Wohnungsgesellschaft München mbH erbaut und dem Diakonischen Werk des Evangelisch-Lutherischen Dekanatbezirks Rosenheim e.V., Jugendhilfe Oberbayern in Betriebsträgerschaft übergeben. Sie umfasst drei Kinderkrippengruppen mit insgesamt 36 Plätzen.

Dienstag, 18. Februar, 10 Uhr, Lorenz-Hagen-Weg 10
Stadträtin Beatrix Burkhardt (CSU) gratuliert der Münchner Bürgerin Rosa Roß im Namen der Stadt zum 104. Geburtstag.

Dienstag, 18. Februar, 19 Uhr, Rathausgalerie,
Podiumsgespräch „Bayernkaserne im Dialog – erste Wettbewerbsergebnisse" mit Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk, Professor

Klaus Trojan, Vorsitzender des Preisgerichts (Darmstadt), Werner Lederer-Piloty, Vorsitzender des Bezirksausschusses Schwabing – Freimann, Moderation Ursula Ammermann, citycom.
(Siehe auch unter Meldungen)

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 20. Februar, 15 bis 17 Uhr,
Foyer der Volkshochschule, 3. Stock, Nymphenburger Straße 171 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 9 (Neuhausen – Nymphenburg) mit der Vorsitzenden Ingeborg Staudenmeyer.

Donnerstag, 20. Februar, 19.30 Uhr,
Kulturzentrum Trudering, Wasserburger Landstraße 32 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 15 (Trudering – Riem).

Meldungen

Kommunalwahl am 16. März: Das Wahlamt informiert
(13.2.2014) Am 16. März 2014 finden in der Landeshauptstadt München die Stadtrats-, die Oberbürgermeisterwahl und die Wahl der Bezirksausschüsse statt. Die Amtszeit beträgt jeweils sechs Jahre und beginnt am 1. Mai.
Wer darf wählen?
Wählen dürfen alle Deutschen sowie Staatsangehörige der übrigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, sofern sie am Wahltag
- 18 Jahre alt sind
- seit mindestens zwei Monaten ihren Hauptwohnsitz in München haben oder sich mit dem Schwerpunkt ihrer Lebensbeziehungen in München aufhalten (Stichtag 16. Januar 2014)
- und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Das Wählerverzeichnis wurde am 9. Februar angelegt. Demnach sind derzeit 1.094.563 Münchnerinnen und Münchner stimmberechtigt. Diese Zahl wird sich in den Wochen bis zur Abstimmung beispielsweise durch Zuzüge und Wegzüge noch verändern.

Aktuelle Statistik der Wahlberechtigten nach Ländern:

Deutschland	916.349	Luxemburg	478
Belgien	694	Malta	30
Bulgarien	8.394	Niederlande	2.066
Dänemark	690	Österreich	20.689
Estland	264	Polen	18.120
Finnland	725	Portugal	2.635
Frankreich	8.046	Rumänien	13.107
Kroatien	24.522	Slowakei	3.234
Slowenien	2.233	Schweden	1.275
Griechenland	22.651	Spanien	6.776
Irland	992	Tschechische Republik	2.688
Italien	22.244	Ungarn	8.961
Lettland	636	Vereinigtes Königreich	5.286
Litauen	674	Zypern	104

Unionsbürger (ohne deutsche Staatsangehörigkeit) gesamt: 178.214

Wahlbenachrichtigung

Ab Dienstag, 18. Februar, werden die Wahlbenachrichtigungen verschickt. Die Zustellung muss aufgrund gesetzlicher Regelungen am 22. Februar abgeschlossen sein.

Bürgerinnen und Bürger, die bis dahin keine Wahlbenachrichtigung erhalten haben, obwohl sie glauben stimmberechtigt zu sein, bittet das KVR, sich bis zum 28. Februar bei der Wahlhotline unter 2 33-9 62 33 zu melden.

Die Wahlbenachrichtigung informiert die Münchnerinnen und Münchner über ihren zuständigen Abstimmungsraum und enthält Informationen über die Anforderung von Briefwahlunterlagen.

Briefwahl

Die Briefwahlunterlagen enthalten neben einem Wahlschein drei Stimmzettel (Stadtrat grün, Oberbürgermeister gelb, Bezirksausschuss grau), drei Stimmzettelumschläge (grün, gelb, grau) und einen hellroten Wahlbriefumschlag, in den die Stimmzettelumschläge mit Stimmzetteln und der Wahlschein eingelegt werden müssen. Eine genaue Anleitung (Merkblatt für die Briefwahl) liegt den Briefwahlunterlagen bei.

Die Beantragung ist wie folgt möglich:

- ***Antrag per Post/Fax***
  Briefwahlunterlagen können mit dem auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung befindlichen Vordruck beantragt werden.
- ***Antrag per Internet***
  Briefwahlunterlagen können zudem im Internet unter *www.briefwahl-muenchen.de* online beantragt werden.

- ***Antrag persönlich***
  Eine persönliche Abholung der Briefwahlunterlagen ist ab Montag, 24. Februar, in den Wahlbüros der Landeshauptstadt München möglich. Dort kann auch gleich vor Ort abgestimmt werden:

Wahlbüro	***Zugang barrierefrei***
- Bezirksinspektion Mitte Tal 31, Telefon 2 33-3 24 00	Barrierefrei
- Bezirksinspektion Nord Leopoldstraße 202 a, Telefon 2 33-3 86 12	Teilweise barrierefrei
- Bezirksinspektion Ost Trausnitzstraße 33 (Eingang Friedenstraße 40), Telefon 2 33-6 35 40	Barrierefrei
- Bezirksinspektion Süd Implerstraße 9, Telefon 2 33-3 98 88	Teilweise barrierefrei
- Bezirksinspektion West Landsberger Straße 486 im Bürgerzentrum Rathaus Pasing, Telefon 2 33-4 65 50	Teilweise barrierefrei
- Kreisverwaltungsreferat, Wahlamt Ruppertstraße 19, Wartezone 1, Erdgeschoss, Telefon 2 33-9 62 33	Barrierefrei

Genaue Erläuterungen zur Barrierefreiheit der Wahlbüros sind im Internet erhältlich unter *www.wahlamt-muenchen.d*e oder bei der Wahlhotline unter 2 33-9 62 33.

Öffnungszeiten ab 24. Februar

- Montag, Mittwoch	7.30 bis 15 Uhr
- Dienstag	8.30 bis 18 Uhr
- Faschingsdienstag (4. März)	8.30 bis 12 Uhr
- Donnerstag	8.30 bis 15 Uhr
- Freitag	7.30 bis 12 Uhr
- Freitag (14. März)	7.30 bis 15 Uhr

Im Gegensatz zu den anderen Wahlen besteht bei der Beantragung der Briefwahl zur Stadtrats-, Oberbürgermeister- und Bezirksausschusswahl die freie Wahl des Wahlbüros. Briefwahlunterlagen können somit unabhängig von der Wohnadresse in jedem Wahlbüro beantragt werden.

Versand der Briefwahlunterlagen

Achtung: Aufgrund der rechtlichen Besonderheiten bei der Kommunalwahl können die Briefwahlunterlagen voraussichtlich erst ab 24. Februar verschickt werden.

Alle Briefwahlanträge werden in der Regel am auf den Antragseingang folgenden Arbeitstag (Standardfälle mit Versand an die Wohnanschrift) bezie-

hungsweise am auf den Antragseingang übernächsten Arbeitstag (Sonderfälle wie beispielsweise der Versand an abweichende Adressen) zum Versand aufgegeben.
Die postalische Zustellung kann allerdings bis zu vier Arbeitstage dauern. Das Wahlamt bittet daher alle Bürgerinnen und Bürger, die mittels Brief abstimmen möchten, den hierfür erforderlichen Antrag so rechtzeitig zu stellen, dass eine Zustellung vor der persönlichen Abwesenheit erfolgen kann.

Ersatzwahlschein

Verlorene Wahlscheine werden nicht ersetzt. Versichert eine stimmberechtigte Person glaubhaft, dass ihr die beantragten Briefwahlunterlagen nicht zugegangen sind, können ihr bis zum 15. März, 12 Uhr, neue Briefwahlunterlagen ausgestellt werden.
Die Ausstellung dieses Ersatzwahlscheines erfolgt bis zum 14. März, 15 Uhr, in jedem Wahlbüro, am letzten Tag der Frist (15. März, 8 bis 12 Uhr) aber nur im Kreisverwaltungsreferat, Wahlamt, Ruppertstraße 19, Zimmer 3008.

Weitere Informationen

Nach Beantragung der Briefwahlunterlagen ist eine Teilnahme an der Abstimmung im Wahllokal mit der Wahlbenachrichtigung oder unter Vorlage eines Ausweises nicht mehr möglich, es sei denn, man verwendet den mit den Briefwahlunterlagen erhaltenen Wahlschein.
Weitere Informationen sind unter *www.wahlamt-muenchen.de* erhältlich. Für alle Fragen rund um die Durchführung der Kommunalwahl steht die Wahlhotline im Kreisverwaltungsreferat (Telefon 2 33-9 62 33) zur Verfügung.

Bayernkaserne: Wettbewerbsergebnisse werden vorgestellt

(13.2.2014) Zur Überplanung der ehemaligen Bayernkaserne hat die Landeshauptstadt München im Mai 2013 einen zweiphasigen städtebaulichen und landschaftsplanerischen Wettbewerb ausgelobt. Die ersten Ergebnisse werden nun im Rahmen mehrerer Veranstaltungen vorgestellt, diskutiert und anschließend weiterbearbeitet.
Der Wettbewerb startete mit 40 teilnehmenden Arbeitsgemeinschaften, aus denen das Preisgericht schließlich zwölf für die vertiefende zweite Bearbeitungsphase auswählte. Am 17. Januar hat das Preisgericht unter Vorsitz von Professor Klaus Trojan eine Preisgruppe von sechs Entwürfen bestimmt. Die Entwürfe der Preisgruppe sind noch bis zum 9. März in der Ausstellung „Zukunft findet Stadt 2014 – München: Kontinuität und Aufbruch“ in der Rathausgalerie zu sehen.

Diese Entwürfe sollen die Grundlage für die weiteren Planungen zum neuen Stadtquartier Bayernkaserne bilden. Um die Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger zu den Arbeiten in die nächste Bearbeitungsphase aufzunehmen, werden alle sechs Beiträge nun in mehreren Veranstaltungen vorgestellt und diskutiert.
Am Dienstag, 18. Februar, um 19 Uhr wird Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk im ***Podiumsgespräch*** gemeinsam mit Professor Klaus Trojan, dem Vorsitzenden des Preisgerichts (Darmstadt), und Werner Lederer-Piloty, dem Vorsitzenden des Bezirksausschusses Schwabing – Freimann und der Moderatorin Ursula Ammermann die Entwürfe vorstellen und das weitere Verfahren erläutern. Das Podiumsgespräch findet in der Rathausgalerie, Marienplatz 8, statt.
Anhand der Preisgruppe wird vom 19. Februar mit 19. März das Verfahren der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch durchgeführt, bei dem Bürgerinnen und Bürger sich über die unterschiedlichen Planungsentwürfe informieren und sich dazu äußern können.
In diesem Rahmen finden zwei weitere Veranstaltungen statt:

- das moderierte ***Werkstattgespräch*** am Samstag, 22. Februar, ab 10 Uhr, bei dem die Arbeiten der Preisgruppe von ihren Verfasserinnen und Verfassern selbst vorgestellt werden. Konkrete Themenstellungen der Planung können anschließend in Arbeitsgruppen diskutiert und Empfehlungen für die Überarbeitungsphase erarbeitet werden.
- die ***Erörterungsveranstaltung*** am Dienstag, 11. März, um 19 Uhr.

Beide Termine finden jeweils in Halle 36 auf dem ehemaligen Kasernengelände, Heidemannstraße 60, statt und bieten für Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, zu den Entwürfen Anregungen und Bedenken einzubringen.
Unter *www.muenchen.de/bayernkaserne* sind weitere Informationen zum Projekt abrufbar.

Tipps rund um die energetische Gebäudesanierung
(13.2.2014) Aller Orten werden Gebäude energetisch saniert, um Heizkosten zu senken und die Wohnqualität zu steigern. Mitunter werden modernisierte Gebäude aber schon kurz nach den Arbeiten wieder zum Sanierungsfall. Mängel entstehen meist an den Schnittstellen zwischen den einzelnen Gewerken. So übernehmen manchmal Firmen Aufgaben, die nicht zu ihrem Berufsbild passen und für die keine ausreichende Erfahrung vorliegt. Anhand von Bildern präsentiert Zimmermeister Gerhard Adam am Dienstag, 18. Februar, um 18 Uhr im Bauzentrum München, Willy-Brandt-Allee 10, gelungene und weniger gelungene Beispiele von energetischen Sanierungen. Der Eintritt ist frei.

Vortrag zur Ausstellung „DECOLONIZE MÜNCHEN“

(13.2.2014) Im Rahmen der Ausstellung „DECOLONIZE MÜNCHEN“ hält Professorin Dr. Astrid Messerschmidt von der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe am Dienstag, 18. Februar, um 19.30 Uhr im Saal des Münchner Stadtmuseums, St.-Jakobs-Platz 1, den Vortrag „Postkoloniale Perspektiven im Kontext einer postnationalsozialistischen Gesellschaft“.
Veranstalter sind [muc] münchen postkolonial, mapping.postkolonial.net, das Max Mannheimer-Studienzentrum, das Nord Süd Forum München e.V. und das Pädagogische Institut der Landeshauptstadt München. Der Eintritt ist frei. Kollektive Erinnerungsprozesse stehen in Wechselwirkungen mit gesellschaftlichen Selbstbildern. Für selbstkritische Erinnerungspraktiken ist eine Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus in ihren historischen Konstellationen wie auch in ihren gegenwärtigen Ausprägungen erforderlich.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 13. Februar 2014

Kinderbetreuungssituation in Allach-Untermenzing kurzfristig verbessern
Antrag Stadträte Josef Schmid und Tobias Weiß (CSU) vom 4.6.2013

Das Städtische Fundbüro – Barrierefrei und bürgerfreundlich?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Otto Bertermann, Ursula Sabathil (Freie Wähler), Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP) und Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei) vom 8.1.2014

Solidarität mit Michael Stürzenberger!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 25.10.2013

Fragile Sicherheitslage im Hauptbahnhofviertel – was unternimmt der Polizeipräsident?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 27.11.2013

Wie baufällig sind die Münchner Eisenbahn-Unterführungen?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 18.12.2013

Kinderbetreuungssituation in Allach-Untermenzing kurzfristig verbessern
Antrag Stadträte Josef Schmid und Tobias Weiß (CSU) vom 4.6.2013

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

In Ihrem Antrag baten Sie den Oberbürgermeister ein Konzept vorzulegen, wie die Kinderbetreuungssituation im Stadtbezirk 23 (Allach – Untermenzing) kurzfristig dem Bedarf entsprechend verbessert werden kann. Sie baten weiter darum, auch das Aufstellen von Containern sowie Möglichkeiten von Waldkindergärten und Freilandgruppen zu prüfen und die Maßnahmen so zeitnah umzusetzen, dass die Betreuungsplätze ab Herbst 2013 zur Verfügung stehen.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, teile ich Ihnen in dieser Form Folgendes mit:

Selbstverständlich ist im Referat für Bildung und Sport bekannt, dass eine bedarfsgerechte Versorgung mit Betreuungsplätzen für Kinder aller Altersgruppen in München notwendig ist.

Zusätzlich zu einer Vielzahl an Neubauten und Neubauplanungen von Kindertageseinrichtungen wurde vom Referat für Bildung und Sport in den vergangenen Jahren regelmäßig ein Sonderprogramm zur Nachmittagsbetreuung ins Leben gerufen. Im Rahmen dieser Strategiegespräche wurde überprüft, wie möglichst kurzfristig zusätzliche Plätze zum September eines jeden Jahres geschaffen werden können. Für den Bereich des Hortausbaus müssen gewisse räumliche, strukturelle und auch personelle Voraussetzungen vorliegen, um die Standards einzuhalten, dass den Kindern ein adäquater Hortbesuch ermöglicht werden kann.

So ist beispielsweise am zugehörigen städtischen Hort der Grundschule Manzostraße 79 ein Projekt angedacht, das speziell die Betreuungssituation am Freitagnachmittag sowie in den Ferien entspannen soll. Insgesamt war – gemessen an den gemeldeten Vormerkungen – im Stadtbezirk 23 (Allach – Untermenzing) für das Schuljahr 2013/2014 im Vergleich zu anderen Stadtbezirken kein eklatanter Mangel an Nachmittagsbetreuungsplätzen zu verzeichnen.

Im Rahmen des strategischen Managements im Referat wurde ein abteilungsübergreifendes Projekt initiiert, das sich im ersten Schritt der kurzfristigen Versorgung mit Betreuungsplätzen im Zeitraum 2014 - 2016 widmet.

Parallel hierzu wird auch die langfristige Entwicklung vorangetrieben. Insgesamt wird dabei selbstverständlich die Kinderbetreuungssituation in Allach – Untermenzing mit einbezogen und es werden die von Ihnen angesprochenen Möglichkeiten, wie z.B. das Aufstellen von Containern sowie das Einrichten von Waldkindergärten und Freilandgruppen geprüft.

Neben den Betreuungsangeboten in Horten und privaten Initiativen, beispielsweise den Mittagsbetreuungen, bietet auch das Konzept der staatlichen gebundenen Ganztagsklasse Bildung und Betreuung bis in den Nachmittag. Im Stadtbezirk 23 (Allach – Untermenzing) wurde zum Schuljahr 2012/13 an der Grundschule Manzostraße 79 ein gebundenes Ganztagesangebot für die 3. Klassenstufe eingeführt. An der Mittelschule Franz-Nißl-Straße besteht ein offenes Ganztagesangebot. An den Grundschulen Eversbuschstraße sowie Pfarrer-Grimm-Straße wird aktuell von Seiten der Schulleitungen in absehbarer Zeit kein gebundenes Ganztagesangebot geplant.

Sofern an einer Sprengelschule kein gebundener Ganztagszug angeboten wird, können Eltern, ohne einen Gastschulantrag zu stellen, eine Grundschule mit entsprechendem Angebot in einem anderen Stadtbezirk auswählen. Sollte an einer anderen Grundschule ein Platz mit gebundenen Ganztagszug vorhanden sein, wird die dortige Schulleitung eine Zuweisung durch das Staatliche Schulamt beantragen. Eltern wenden sich in diesem Falle bei der Auswahl eines Ganztagsangebotes direkt an die Schulleitung der jeweiligen Grundschule.

Die Errichtung eines Ganztagsschulangebots liegt in der Verantwortung der jeweiligen Schulleitung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung wirken positiv auf die Schulen ein und ermuntern sie beständig zur Antragstellung. Es bestehen Beratungsangebote durch die Münchner Serviceagentur für Ganztagsbildung des Referats für Bildung und Sport im Hinblick auf die Erarbeitung von räumlichen und pädagogischen Konzepten, bei der Antragsstellung zum gebundenen Ganztag sowie zur Organisation des Mittagessens.

Das Referat für Bildung und Sport der Landeshauptstadt München ist mit dem Beschluss vom 14.03.2007 die generelle Verpflichtung eingegangen,

„dass der weitere bedarfsgerechte Ausbau von Ganztagsschulklassen an den öffentlichen Grund- und Mittelschulen durch die Übernahme des zusätzlich anfallenden Sachaufwands durch den Sachaufwandsträger gewährleistet wird". Des Weiteren hat der Schul- und Sportausschuss am 01.07.2009 beschlossen, die pauschale Eigenbeteiligung von 5.000 Euro am Personalaufwand für alle Ganztagsklassen und -gruppen zu übernehmen und die dementsprechend erforderlichen Haushaltsmittel bereitzustellen. Die im Raumprogramm (Schulbauverordnung) vorgesehenen Räumlichkeiten für das Ganztagsangebot werden ebenso gewährleistet. Damit ist die grundsätzlich offene Haltung der Landeshauptstadt München zur Ganztagsschule und die uneingeschränkte Bereitschaft zur Unterstützung als Sachaufwandsträgerin deutlich erkennbar. Grundsätzlich wird jeder Antrag von Grundschulen für den Aufbau eines gebundenen Ganztagszuges befürwortet und zur Genehmigung über das Staatliche Schulamt an das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst weitergeleitet.

Ich bitte Sie um Kenntnisnahme meiner Ausführungen und gehe gleichzeitig davon aus, dass die Angelegenheit somit abgeschlossen ist.

Das Städtische Fundbüro – Barrierefrei und bürgerfreundlich?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Otto Bertermann, Ursula Sabathil (Freie Wähler), Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP) und Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei) vom 8.1.2014

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Ihre Anfrage vom 08.01.2014 wurde im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Ude dem Kreisverwaltungsreferat zur Beantwortung zugeleitet.

Ihre Anfrage bezieht sich auf die Erreichbarkeit des Städtischen Fundbüros und den Zugang in die verschiedenen Stockwerke auch für mobilitätseingeschränkte Besucherinnen und Besucher, des Weiteren auf die vom Städtischen Fundbüro durchgeführten Versteigerungen von Fundsachen.

Hierzu nehmen wir wie folgt Stellung:

Frage 1:
Wann und inwieweit wurde zuletzt geprüft, ob es eine besser erreichbare Örtlichkeit für das Fundbüro gäbe – sowohl was die Erreichbarkeit des Hauses als auch des Stockwerks angeht?

Antwort:
Erst im Jahr 2009 wurde der Mietvertrag für das Anwesen Oetztalerstraße 19 bis zum 30.09.2021 verlängert. Hintergrund der Verlängerung waren vor allem hohe Investitionskosten, die aufgrund nötiger Umbauten auf Veranlassung des Kreisverwaltungsreferates zum großen Teil vom Vermieter getragen wurden. Ein alternativer Standort mit der Mischung aus Lager- und Büroflächen zu einem angemessenen Mietpreis war leider nicht zu finden, da die näher zum Zentrum liegenden Mietobjekte den Anforderungen nicht entsprochen haben. Der Standort in Nähe zum Harras ist daher aus der Sicht des Kreisverwaltungsreferates unter Abwägung aller Umstände der am besten geeignete. Das Kreisverwaltungsreferat wird rechtzeitig vor Ablauf des jetzigen Mietvertrages in Zusammenarbeit mit dem Kommunalreferat prüfen, ob es nach Auslauf des Mietvertrages einen Standort mit geeigneten Flächen am Münchener Immobilienmarkt gibt, der die Erreichbarkeit des Städtischen Fundbüros für die Münchner Bürgerinnen und Bürger verbessert, gleichzeitig aber auch den Erfordernissen an die Funktionalität eines Fundbüros entspricht.

Frage 2:
Warum existieren keine deutlich sichtbaren Hinweisschilder auf den Aufzug für mobilitätseingeschränkte Besucher? Wäre es möglich, den vorhandenen, aber nur mit Schlüssel zu betätigenden Personal- und Lastenaufzug den Besuchern generell zugänglich zu machen?

Antwort:
Bei Betreten des Hofes des Städtischen Fundbüros ist dieser Lift als Außenlift für alle Besucherinnen und Besucher sofort erkennbar. Nachdem der Haupteingang zum Fundbüro sich allerdings in größerem Abstand von diesem Lift auf der linken Seite befindet und mit diesem Lift auch Wohnungen oberhalb des Fundbüros erschlossen werden, kann dieser Lift von den Besucherinnen und Besuchern gedanklich nicht unbedingt dem Fundbüro zugeordnet werden. Es wird daher ein entsprechendes, gut lesbares Hinweisschild angebracht werden.
Dieser Außenlift erschließt direkt im ersten und zweiten Stock nach Öffnen der Lifttüren die Lagerräume des Fundbüros. Um den unkontrollierten Zugang zu verhindern, hält der Lift in diesen beiden Stockwerken nur über eine Schlüsselschaltung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fundbüros. Aus diesem Grund kann der Lift leider nicht generell zugänglich gemacht werden.

Frage 3:
Wie viel nimmt das Fundbüro jährlich durch die Versteigerungen der Fundsachen ein? Wofür werden die Einnahmen verwendet? Mit welchem Aufwand wäre es verbunden, die Versteigerungsgegenstände in kleineren Mengen zu bündeln und damit „bürgerfreundlicher" zu machen?

Antwort:
Die Versteigerungserlöse differieren jedes Jahr, abhängig von der Anzahl der Versteigerungen und dem Wert der Versteigerungsgegenstände. So konnten im Jahre 2013 Versteigerungserlöse von 72.603 Euro erzielt werden. Diese Erlöse fließen als nicht zweckgebundene Mittel dem allgemeinen städtischen Haushalt zu. Jede Versteigerung ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fundbüros mit einem erheblichen Aufwand verbunden, eine Reduzierung der Bündelgrößen zum Beispiel auf die Hälfte, hätte eine Verdoppelung der Versteigerungsposten zur Folge verbunden mit einem entsprechenden Mehraufwand in der Vorbereitung und Durchführung der Versteigerungen. Dieser Mehraufwand ist mit den personellen Ressourcen des Städtischen Fundbüros in einer den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zumutbaren Weise nicht leistbar. Zudem werden dafür geeig-

nete Fundsachen nicht versteigert, sondern kostenfrei an karitative Einrichtungen abgegeben. Das Hauptaugenmerk des Fundbüros liegt nicht auf den Versteigerungen, sondern auf der Ermittlung der Eigentümerinnen und Eigentümer und der Herausgabe der Fundsachen an diese, bzw. an die Finder.

Solidarität mit Michael Stürzenberger!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 25.10.2013

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Ihrem Antrag haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

„Der Stadtrat beschließt:
Die Landeshauptstadt München, vertreten durch den Oberbürgermeister oder einen seiner Stellvertreter, setzt ein Zeichen der Solidarität mit dem dieser Tage von einem türkischstämmigen Gewalttäter attackierten Islamkritiker Michael Stürzenberger.
Dabei verurteilt die Stadt jedwede Gewaltanwendung in der politischen Auseinandersetzung."

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb eine Behandlung auf diesem Wege erfolgt.

Zu Ihrem Antrag teile ich Ihnen Folgendes mit:
Die Landeshauptstadt München hat sich seit jeher klar gegen jede Form der Gewalt und des Extremismus positioniert. Der Landeshauptstadt München liegen zu dem von Ihnen genannten Vorfall über die Presseberichterstattung hinaus keine genaueren Erkenntnisse oder Ermittlungsergebnisse der Strafverfolgungsbehörden vor.

Von den vorstehenden Ausführungen bitte ich Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Fragile Sicherheitslage im Hauptbahnhofviertel – was unternimmt der Polizeipräsident?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 27.11.2013

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Ihre Anfrage vom 27.11.2013 wurde im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Ude in Federführung dem Kreisverwaltungsreferat zur Beantwortung zugeleitet.

Ihrer Anfrage schicken Sie folgenden Sachverhalt voraus:

„Die ‚Süddeutsche Zeitung' konnte jüngst nicht umhin, über den Unmut von Geschäftsleuten und Anwohnern im Hauptbahnhofviertel zu berichten: ‚Von untragbaren Szenen ist die Rede, von aggressiven Bettlern und die Straßen belagernden Tagelöhnern aus Osteuropa'. Im Rahmen eines Meinungsaustausches mit dem Münchner Polizeipräsidenten Hubertus Andrä wurde der SZ zufolge nach Lösungen für die instabile Situation gesucht, wobei der oberste Ordnungshüter der LHM aber alles in allem die Auffassung vertritt, die Lage sei im Griff und nicht weiter besorgniserregend. Gleichwohl stellte der Polizeipräsident in Aussicht, ‚die Klagen bei städtischen Gremien vorzutragen. Erste Ergebnisse der Bemühungen sind schon ersichtlich' (wiedergegeben nach: http://www.sueddeutsche.de/muenchen/bahnhofsviertel-in-muenchen-gefuehlteunsicherheit-1.1817105). – Es stellen sich Fragen."

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen teilen wir Ihnen Folgendes mit:

Frage 1:
Bei welchen städtischen Gremien findet der Münchner Polizeipräsident in nächster Zukunft Gelegenheit, die Sorgen und Beschwerden der Anwohner und Geschäftsleute des Hauptbahnhofviertels zur Sprache zu bringen? Inwieweit und in welchen Gremien ist dies bereits geschehen (bitte den Stand zum Ablauf der sechswöchigen Beantwortungsfrist dieser Stadtrats-Anfrage – also Mitte Januar 2014 – referieren!)?

Frage 2:
Der SZ zufolge sind „erste Ergebnisse" der Bemühungen des Polizeipräsidenten „schon ersichtlich": um welche Erfolge kann es sich bei diesen „Ergebnissen" handeln? Welche Fortschritte in bezug auf die Sicherheits-

lage im Hauptbahnhofviertel kann die Stadt mitteilen, soweit sie sich als Folge der Bemühungen des Polizeipräsidenten eingestellt haben?

Antwort zu den Fragen 1 und 2:
Die von Ihnen gestellten Fragen betreffen ausschließlich Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums München fallen. Mangels eigener Zuständigkeit des Kreisverwaltungsreferates kann eine Beantwortung Ihrer Fragen nur durch das Polizeipräsidium München vorgenommen werden.
Bezüglich der Sicherheitslage und der erforderlichen Maßnahmen am Hauptbahnhof steht die Landeshauptstadt München in ständigem Austausch mit dem Polizeipräsidium.

Wie baufällig sind die Münchner Eisenbahn-Unterführungen?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 18.12.2013

Antwort Baureferat:

In Ihrer schriftlichen Anfrage vom 18.12.2013 führen Sie Folgendes aus:
„Anfang Dezember brach aus der Decke der Laimer Unterführung ein 20 mal 30 cm großer Steinbrocken und stürzte auf die Fahrbahn. Ein Fahrzeug wurde dabei nur knapp verfehlt. Die Laimer Unterführung wurde daraufhin gesperrt, die brüchige Decke mit Eisenplatten und Netzen gesichert und die Unterführung nach wenigen Tagen wieder für den Verkehr freigegeben. – Gleichwohl bleiben Fragen."

Wir beantworten Ihre Fragen wie folgt:

Frage 1:
Nach dem Zwischenfall Anfang Dezember untersuchte laut Berichten der Lokalpresse ein Statiker die Laimer Unterführung. Welchen Befund ergab die Untersuchung, was Belastung und Belastbarkeit des Deckengewölbes der Laimer Unterführung angeht?

Anwort:
Das Bauwerk befindet sich im Eigentum der DB AG. Die Untersuchungen wurden daher von der DB AG bzw. in deren Auftrag ausgeführt. Untersuchungsergebnisse liegen dem Baureferat nicht vor.

Frage 2:
Inwieweit ist ggf. eine Generalsanierung der Laimer Unterführung ins Auge gefasst?

Anwort:
Der diesbezügliche Planungsstand der DB AG ist dem Baureferat nicht bekannt.

Frage 3:
Wie ist es um den Zustand anderer Münchner Unterführungen bestellt, insbesondere solcher, die Eisenbahnlinien unterqueren wie z.B. die Paul-Heyse-Unterführung, die Leuchtenberg-Unterführung etc.? Inwieweit sieht das Baureferat Handlungsbedarf?

Antwort:
Für alle Eisenbahnunterführungen gilt im Regelfall, dass diese im Eigentum der DB AG sind. Die routinemäßigen Bauwerksuntersuchungen werden somit von der DB AG durchgeführt. Die jeweiligen Untersuchungsergebnisse liegen dem Baureferat nicht vor. Bezüglich der Paul-Heyse-Unterführung sind seitens der DB Instandhaltungsmaßnahmen geplant, die bezüglich der Verkehrsführungen mit der Stadt abgestimmt werden. Die Leuchtenberg-Unterführung ist vor der Inbetriebnahme des Tunnels Mittlerer Ring Ost sicherheitstechnisch nachgerüstet und instandgesetzt worden. Diesbezüglich sieht das Baureferat keinen weiteren Handlungsbedarf.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 13. Februar 2014

Förderung der Volkskulturen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Reinhard Bauer, Constantinos Gianacacos, Haimo Liebich, Klaus Peter Rupp, Regina Salzmann und Helmut Schmid (SPD)

Landeshauptstadt München wird auch zur Hauptstadt des „Gedenktags für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation“ am 14. September 2014 – würdiges Rahmenprogramm zusammen mit den Landsmannschaften organisieren
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Manuela Olhausen und Manuel Pretzl (CSU)

Radschnellweg Hart/Milbertshofen-Hauptbahnhof Konzept des ADFC München prüfen und umsetzen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Jutta Koller, Sabine Krieger, Sabine Nallinger und Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Sofortige Sanierung der Turn- und Schwimmhalle an der Toni-Pfülf-Schule
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)

Steht die Stadtwerke München GmbH (SWM) über dem Recht?
Anfrage Stadtrat Orhan Akman (Die Linke)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Klaus Peter Rupp
Dr. Reinhard Bauer
Constantinos Gianacacos
Regina Salzmann
Haimo Liebich
Helmut Schmid
Stadtratsmitglieder

München, 13.02.2014

Förderung der Volkskulturen

Antrag

Das Kulturreferat wird beauftragt darzustellen, welche Personal- und Sachmittel benötigt werden, um die Volkskultur in München weiter zu stärken. Dabei ist insbesondere darauf einzugehen, wie sich die Volkskultur noch weiter für die in unserer internationalen Stadt existierenden Volkskulturen öffnen und sich mit diesen vernetzen kann.

Begründung:

Die Volkskultur in München erfreut sich in den letzten Jahren eines großen Zuspruchs aus unterschiedlichen Kreisen der Bevölkerung. Besonders erfreulich ist, dass sich viele junge Menschen wieder verstärkt für Volksmusik, Tracht und Volkstanz interessieren. Dies hat auch damit zu tun, dass in München stets eine urbane Form der Volkskulturpflege betrieben wurde: Neben den klassischen Aufgaben der Heimatpflege (zeitgemäße Vermittlung, Präsentation, Förderung des Laienspiels, Brauchtum, Tracht, Volksmusik, Dialekt, Tanz) hat hier die Begegnung mit anderen Volkskulturen als der bayerischen in der Stadt und die Offenheit für unterschiedliche Lebens- und Sichtweisen immer eine große Rolle gespielt. Dies hat die Volkskultur sehr bereichert und zu Ihrer Attraktivität für weite Kreise der Bevölkerung beigetragen. Um diesen erfolgreichen Weg fortsetzen zu können, bedarf es sowohl weiterer Projekte, Fördermaßnahmen und Initiativen sowie auch dazugehöriger Ressourcen, die diese Themen bleibend in der Volkskultur verankern.

gez.
Klaus Peter Rupp
Stadtrat

gez.
Dr. Reinhard Bauer
Stadtrat

gez.
Constantinos Gianacacos
Stadtrat

gez.
Regina Salzmann
Stadträtin

gez.
Haimo Liebich
Stadtrat

gez.
Helmut Schmid
Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-23 39 26 27, Fax: 089-23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadträtin
Dr. Manuela Olhausen
Stadtrat
Manuel Pretzl

ANTRAG
13.02.14

Landeshauptstadt München wird auch zur Hauptstadt des „Gedenktags für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation“ am 14. September 2014 - Würdiges Rahmenprogramm zusammen mit den Landsmannschaften organisieren.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, ein würdiges Rahmenprogramm für den neuen „Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation“ am 14. September 2014 zu organisieren. Dieses Programm soll in Zusammenarbeit mit den Landsmannschaften gestaltet werden und die Veranstaltung bzw. das Programm sollen im Zentrum der Landeshauptstadt München stattfinden.

Begründung:
Am 14. September 2014 wird zum ersten Mal ein landesweiter „Gedenktag für die Opfer und Flucht, Vertreibung und Deportation“ in Bayern und Hessen stattfinden. Die Einführung dieses Gedenktags für Heimatvertriebene und Aussiedler hat die bayerische Staatsregierung am 15. Mai 2013 beschlossen. Ziel dieses Tages soll sein, die Erinnerung an Flucht und Vertreibung wach zu halten und die Bedeutung von Heimat im Zeitalter der Globalisierung zu vermitteln, gerade auch an die jüngere Generation.

Der bayerischen Hauptstadt München kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. München ist nicht nur zur neuen Heimat für eine Vielzahl von Heimatvertriebenen und Aussiedlern geworden - München ist heute auch der Hauptsitz von einigen Landsmannschaften der Heimatvertriebenen. Das soll sich an diesem wichtigen Gedenktag in einem würdigen Münchner Rahmenprogramm widerspiegeln.

Dr. Manuela Olhausen
Stadträtin

Manuel Pretzl
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 13.02.2014

Radschnellweg Hart/Milbertshofen-Hauptbahnhof
Konzept des ADFC München prüfen und umsetzen

Antrag

1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, das vom ADFC ausgearbeitete Konzept eines Radschnellweges von der Rathenaustraße zum Hauptbahnhof zu prüfen und – ggf. modifiziert – zeitnah umzusetzen.
2. Dabei ist auch eine Variante über den Hohenzollernplatz zu prüfen.
3. Die Überlegungen einer Wegführung mittels durchgehender Markierung von Piktogrammen auf der Fahrfläche und einer weitgehenden Bevorrechtigung an den Querstraßen sind als maßgebliche Qualitätsmerkmale zu berücksichtigen.

Begründung:
Radschnellwege sind geeignet mittels hoher Qualitätsmerkmale wie durchgängige Führung und zügiges Befahren die Attraktivität des Radfahrens deutlich zu erhöhen und bringen einen erheblichen Marketingaspekt mit sich. Die Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN-rosa liste hat bereits in ihrem Antragspaket vom 07.05.2013 generell Radschnellwege gefordert und in ihrem Antrag vom 04.07.2013 Pilotprojekte mit Trassen zu den Umlandgemeinden Garching und Unterschleißheim beantragt, weil gerade auch außerorts ganz erhebliche Verbesserungspotenziale zu heben sind.

Das vorliegende Konzept des ADFC baut auf einer weitgehend bestehenden Radverbindung auf. Mit relativ geringen Mitteln könnte diese Route von der Rathenaustraße bis zum Luitpoldpark die Qualitätsstandards eines Radschnellwegs erreichen und durch Schwabing und die Maxvorstad als schnelle Radtrasse bis zum Hauptbahnhof fortgesetzt und optimiert werden.

Durch den Radschnellweg werden Wohnorte von insgesamt über 150.000 Münchnern und Arbeits- und Ausbildungsorte von annähernd 90.000 Münchnern direkt miteinander verbunden (u.a. werden die TUM und mit Abzweig die LMU erschlossen).
www.adfc-muenchen.de/radverkehr/rsw.html

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:

Paul Bickelbacher	Sabine Nallinger	Herbert Danner	Jutta Koller
Dr. Florian Roth	Anja Berger	Sabine Krieger	

Mitglieder des Stadtrates

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchen.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

FDP-Fraktion im Münchner Stadtrat | Rathaus | 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

13.02.2014

Antrag Nr.:
Sofortige Sanierung der Turn- und Schwimmhalle an der Toni-Pfülf-Schule

Der Stadtrat möge beschließen:
Die Sanierung der Turn- und Schwimmhallengebäude an der Toni-Pfülf-Schule wird vorgezogen. Die Verwaltung sorgt dafür, dass die Schwimmhalle so rechtzeitig saniert wird, dass der Schwimmunterricht mit Beginn des Schuljahres 2014/2015 wieder stattfinden kann.

Begründung:

Die Schwimmhalle an der Toni-Pfülf-Schule ist sanierungsbedürftig und steht für den Schwimmunterricht derzeit nicht zur Verfügung. Die Vollsanierung des Turn- und Schwimmhallengebäudes der Schulen an der Toni-Pfülf-Straße soll laut Auskunft der Stadtverwaltung frühestens ab dem Jahr 2016/2017 ausgeschrieben werden. Dieser Zeitraum ist zu lange. Die Sanierung muss dringend vorgezogen werden. Der Schwimmunterricht soll spätestens mit Beginn des Schuljahres 2014/2015 stattfinden können.

Zur Zeit werden die Schulkinder von einem Schulbus an der Toni-Pfülf-Grundschule abgeholt und zur Schulschwimmhalle in der Thelottstraße gebracht. Die Fahrtzeit vermindert stets den vorgesehenen Schwimmunterricht. Der Schwimmunterricht ist auch bereits mehrfach ausgefallen, weil es Schwierigkeiten mit dem Bustransfer gab. Neben der Grund- und Mittelschule an der Toni-Pfülf-Straße wurde die Schwimmhalle von der Grundschule an der Feldmochinger Straße, der Grundschule an der Lerchenauer Straße, der Internationalen Montessori-Schule in der Lerchenstraße sowie von mindestens vier Kindertagesstätten (Kindergarten an der Toni-Pfülf-Straße, Kindergarten an der Feldmochinger Straße, Kindergarten an der Reinachstrasse und Kindergarten an der Robinienstraße) genutzt.

In unmittelbarer Nähe der Toni-Pfülf-Schule befinden sich der Lerchenauer See und der Fasaneriesee (Seen mit Steilhang) und viele Eltern haben daher ihre Kinder aus Sicherheitsgründen bereits im Vorschulalter zum Schwimmunterricht gemeldet, der von einer privaten Schwimmschule in der Schwimmhalle an der Toni-Pfülf-Schule angeboten wurde.

Der Schwimmunterricht in der Schulschwimmhalle der Toni-Pfülf-Schule trägt somit ganz wesentlich zur Sicherheit der Kinder bei und bleibt für die Kinder aus der näheren Umgebung die einfachste und beste Lösung das Schwimmen zu erlernen.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Dr. Jörg Hoffmann
Stadtrat

Gez.
Christa Stock
Stadträtin

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Orhan Akman
Ehrenamtlicher Stadtrat

DIE LINKE
offene Liste im Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

Tel: 089 - 233 - 2 52 35
Fax: 089 - 233 - 2 81 08

An
Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, den 28. August 2013

Anfrage: Steht die Stadtwerke München GmbH (SWM) über dem Recht?

Die SWM hat in einer Pressemitteilung darauf hingewiesen, dass sie das Mahnwesen ab dem 1. Juli wieder in Eigenregie betreiben und Mahnkosten in Höhe von 1, 50 Euro erheben werde. Zuvor hat sie die Creditreform beauftragt, die bei Zahlungsverzug eine Mahngebühr von 5 Euro erhoben hatte.

Mit der Beauftragung einer Drittfirma verstieß die SWM gegen ein Urteil des Oberlandesgerichts München (siehe Urteil Az. 29 U 634/11 vom 28.Juli 2011), dass sich zuvor in einem Rechtsstreit ausführlich mit der Unternehmenspolitik der SWM auseinandergesetzt hat.
Laut dem Urteil des OLG dürfen Energieversorgungsunternehmen nur eine Mahnkostenpauschale von 1,20 Euro pro Mahnung erheben. Zudem dürfen die Mahnkostenpauschalen nicht dazu dienen, den allgemeinen Verwaltungsaufwand (beispielsweise Personal- und IT-Kosten) oder den Gewinnanteil einer Drittfirma abzugelten. Das Urteil besagt auch, dass bei Verstoß gegen die Vorschrift ein Ordnungsgeld gegen die SWM in Höhe von bis zu 250 000 Euro verhängt werden kann. Trotzdem wies die SWM in einer Informationsbroschüre, die ab dem 1. März 2013 gültig ist, darauf hin, dass sie bei Zahlungsverzug 5,- Euro Bearbeitungskosten pro Mahnung erhebe https://www.swm.de/dms/swm/dokumente/m-strom/preise-strom-03-2013.pdf (Stand 19.06.2013).

Das Urteil besagt auch, dass die SWM keine Pauschalen für die Unterbrechung bzw. Wiederherstellung der Stromversorgung mehr erheben und Klauseln über solche Pauschalen wie „*Unterbrechung der Versorgung (umsatzsteuerfrei) 34,15 Euro Wiederherstellung der Versorgung 54,15 Euro (netto) und 64,44 Euro (brutto)“* mehr in die Verträge mit Kundinnen und Kunden aufnehmen darf. Dennoch erhebt die SWM weiterhin pauschal eine Gebühr von 34,- Euro für die Unterbrechung der Versorgung und 54,00 Euro (netto) bzw. 64,26 (brutto) für die Wiederherstellung der Versorgung (Allgemeine Preise der Grundversorgung (Strom) in der Landeshauptstadt München; Online unter: https://www.swm.de/dms/swm/dokumente/m-strom/preise-strom-03-2013.pdf (Stand: 19.06.2013).

Vor diesem Hintergrund stelle ich die folgenden Fragen:

1. Warum hat die SWM das rechtskräftige Urteil des Oberlandesgerichts erst so spät umgesetzt?
2. Wie viele Kundinnen und Kunden wurden seit Inkrafttreten des Urteils mit rechtswidrigen Mahnkosten und Kosten für die Unterbrechung/Wiederherstellung der Versorgung belastet?
3. Erstattet die SWM ihren Kundinnen und Kunden die unrechtmäßig erhobenen Mahnkosten seit Inkrafttreten des Urteils zurück?
4. Warum verlangt die SWM Gebühren für die Unterbrechung bzw. Wiederherstellung der Versorgung, die durch das Urteil für rechtswidrig erklärt wurden?
5. Wann werden Informationsbroschüren und die AGB´s der Stadtwerke endlich dem aktuellen Stand angepasst, damit auch wirklich alle Kundinnen und Kunden über die Änderungen informiert werden?

Orhan Akman
Stadtrat der LINKEN.

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 13. Februar 2014

SWM Bildungsstiftung fördert das Projekt „Startklar in den Beruf“
Pressemitteilung SWM

Marienplatz: U-Bahn-Rolltreppen teilweise gesperrt
Pressemitteilung MVG

Neuer Aufzug für den U-Bahnhof Maillingerstraße
Pressemitteilung MVG

SWM Bildungsstiftung fördert das Projekt „Startklar in den Beruf“

(München, 13.2.2014) Unter dem Motto „Chancen ermöglichen – Erfolge erleben“ fördert die SWM Bildungsstiftung Projekte, die die Bildungschancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher verbessern. So wie das Projekt „Startklar in den Beruf“ des Trägers Hilfe von Mensch zu Mensch e.V.: In diesem Projekt bereiten sich jugendliche unbegleitete Flüchtlinge durch den Erwerb des Qualifizierenden Hauptschulabschlusses sowie ein Berufspraktikum auf eine Berufsausbildung vor. Das Projekt läuft zunächst von September 2013 bis Juli 2014. Die SWM Bildungsstiftung unterstützt es mit 54.000 Euro.

Freuen sich mit Trainern und Projektteilnehmern über die Förderung: der Vorstandsvorsitzende Dr. Dieter Hüttner vom Verein „Hilfe von Mensch zu Mensch“ (vorne rechts), Projektleiterin Heghine Bornemann (vorne, 2. v. links) und Miriam Roth-Koppenhofer (Mitte) von der SWM Bildungsstiftung.

Foto: SWM

Jugendliche unbegleitete Flüchtlinge stehen auf der sozialen Leiter ganz unten. Sie haben kaum Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Das führt zu Frustration und Verzweiflung. Doch diese jungen Menschen können einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft leisten – wenn ihre Ressourcen und Talente entdeckt, entwickelt und gefördert werden.

Bereits seit 2002 arbeitet der Trägerverein „Hilfe von Mensch zu Mensch“ mit diesen Jugendlichen. Ihnen werden grundlegende deutsche Sprachkenntnisse vermittelt und sie werden mit dem deutschen Schul- und Bildungswesen vertraut gemacht. Durch schulanalogen Unterricht werden die Jugendlichen zu einfachen Schulabschlüssen geführt. Mit erlebnispädagogischen, sozialen und kulturellen Maßnahmen wird ihnen die Integration in die deutsche Gesellschaft vereinfacht.

Moustapha Diaby (links) und Mohamad Ismail Magale sagen im Namen aller Projektteilnehmer „Danke“.

Foto: SWM

Qualifikation, Berufsberatung, Bewerbungstraining
Für Qualifikationen über den einfachen Hauptschulabschluss hinaus, z.B. den Qualifizierenden Hauptschulabschluss, gab es bislang keine Förderung. Hier setzt das Projekt „Startklar in den Beruf“ an. Seit September 2013 nehmen 30 jugendliche Flüchtlinge aus verschiedenen Herkunftsländern an dem intensiven Programm teil.

Anfänglich wurde für jeden Teilnehmer ein „ProfilPass“ erstellt, der persönliche Talente und Neigungen, aber auch Wünsche und Zukunftsvorstellungen enthält. In wöchentlich sechs Unterrichtseinheiten, drei in der Gruppe und drei individuellen, erhalten die Jugendlichen Berufsberatung und Bewerbungstraining. Bei mehreren Betriebsbesuchen konnten die Unternehmen Berufe direkt vorstellen und drei Praktikumsplätze vermittelt werden.

Abhängig von den eigenen Kenntnissen, erhält jeder Teilnehmer bis zu sechs Unterrichtseinheiten in den Fächern Deutsch als Fremdsprache, Mathematik, EDV, Arbeit-Wirtschaft-Technik, Geschichte-Sozialkunde-Erdkunde, Ethik und Sport. Und das Konzept trägt schon erste Früchte: In der Vorbereitung auf den Qualifizierenden Hauptschulabschluss haben die Teilnehmer schon viele Fortschritte erlebt.

Hinweis: Die Fotos können unter www.swm.de/presse heruntergeladen werden.

SWM Bildungsstiftung
Viele junge Menschen verfügen über Begabungen, die sie aufgrund ihrer sozialen Herkunft oder mangels Unterstützung nicht entfalten können. Schulen können eine solche fehlende familiäre Förderung nur sehr eingeschränkt ausgleichen. Daher will die SWM Bildungsstiftung dazu beitragen, dass sich auch die Begabungen dieser jungen Menschen entwickeln können. Unter dem Motto „Chancen ermöglichen – Erfolge erleben“ will die SWM Bildungsstiftung Projekte fördern, die Bildungschancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher verbessern. Dies reicht von der frühkindlichen Bildung im Kindergartenalter über die Unterstützung von Schülern bis hin zu Förderung von zusätzlichen Bildungsabschlüssen an Hochschulen. Mit ihrem Grundstockvermögen von 20 Millionen Euro rangiert die SWM Bildungsstiftung unter den größten sich im Bildungssektor engagierenden Stiftungen Deutschlands. Weitere Infos unter: www.swm-bildungsstiftung.de.

Hilfe von Mensch zu Mensch e.V. - Integration Tag für Tag
„Hilfe von Mensch zu Mensch e.V.“ (HvMzM) ist eine Flüchtlings- und Migrantenselbstorganisation. Mit zahlreichen Projekten und Angeboten unterstützt sie Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlinge bei der Integration in München und Bayern.
Ziele: Engagement für ein selbstbestimmtes Leben der Migrantinnen und Migranten; Hilfe zur Selbsthilfe steht für uns an erster Stelle, um zu verhindern, dass Flüchtlinge in die negative Spirale der Abhängigkeit geraten oder dort verharren. Der Verein sieht Migrantinnen und Migranten nicht nur als hilflose Empfänger von Sozialleistungen, sondern fordert sie gezielt auf, ihr Wissen und ihre Fähigkei-

ten in die neue Heimat einzubringen; Integration der Migrantinnen und Migranten in die deutsche Gesellschaft durch gegenseitiges Geben und Nehmen.
Selbstverständnis: Wir verstehen uns als eine treibende Kraft erfolgreicher Integrationsarbeit sowie als Impulsgeber für innovative Wege in der Arbeit mit Migranten in Deutschland, als Teil eines sozialen und sozialpolitischen Netzwerks, der Nischen besetzt, die von anderen Trägern nicht genutzt werden. So haben wir beispielsweise den schulvorbereitenden Unterricht für Migrantenkinder initiiert und umgesetzt.
Entstehung und Entwicklung: Gegründet 1992 als Hilfsinitiative von Sadija Klepo, die selbst aus Bosnien-Herzegowina nach Deutschland geflohen war. Sie sammelte zunächst Geld- und Sachspenden, die sie zum größten Teil in Eigeninitiative in die bosnischen Kriegsgebiete brachte. Heute ist „HvMzM“ eine anerkannte Flüchtlings- und Migrantenselbstorganisation mit über 100 Mitarbeitern und vielfältigen Projekten (mehr zu den aktuellen Projekten und Angeboten lesen Sie auf der Homepage des Vereins HvMzM e.V.: http://hvmzm.de).

Pressekontakt

SWM Bildungsstiftung
Pressesprecherin Bettina Hess
089/23 61-50 42
presse@swm.de
www.swm.de, www.swm-bildungsstiftung.de

Hilfe von Mensch zu Mensch e.V.
Vorstandsvorsitzender Dr. Dieter Hüttner
089/189 179 80
dieter.huettner@hvmzm.de
www.hvmzm.de

SWM Stadtwerke München GmbH

MVG Information für die Medien

MVG U BUS Tram für München
Münchner Verkehrsgesellschaft mbH

13.02.2014

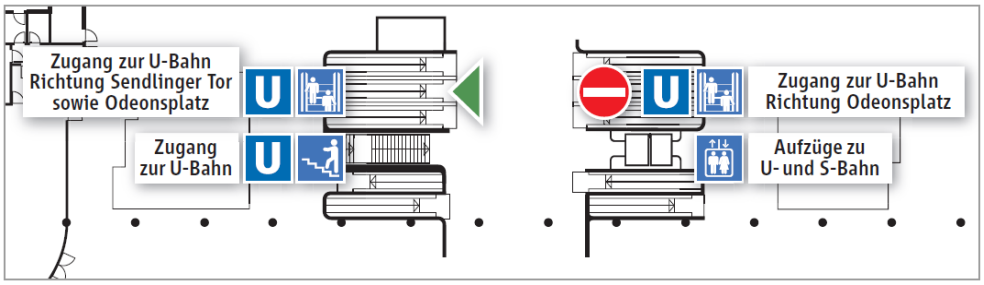
Marienplatz: U-Bahn-Rolltreppen teilweise gesperrt

Herausgeber
Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
T +49 (0)89/23 61-50 42
@ presse@swm.de
I www.swm.de

Redaktion
Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
T +49 (0)89/23 61-60 42
@ korte.matthias@swm.de
I www.mvg-mobil.de

SWM/MVG treiben die Modernisierung des U-Bahn-Zwischengeschosses am Marienplatz weiter voran: In den nächsten Tagen wird im Bereich der Rolltreppen gearbeitet. Drei von sechs Rolltreppen zur U-Bahn müssen daher von Sonntag, 16. Februar, ca. 23.30 Uhr, bis voraussichtlich Mittwoch, 19. Februar, ca. 8 Uhr, vorübergehend für den Fahrgastbetrieb gesperrt werden. Es handelt sich dabei um die drei Rolltreppen, die vom Zwischengeschoss zur U3/U6 Richtung Odeonsplatz führen (Nr. 8 bis 10). Die genaue Lage der Rolltreppen zeigt www.mvg-zoom.de.

Fahrgäste können in dieser Zeit unter anderem die gegenüberliegenden Rolltreppen (siehe Grafik), die Festtreppe oder auch die Rolltreppen am Marienhof nutzen. Grund für die Sperrung sind Modernisierungsarbeiten im Deckenbereich oberhalb der Rolltreppen. Dort werden mit Hilfe von Baugerüsten, die auf den Rolltreppen stehen, unter anderem neue Leitungen, Kabel und Kanäle installiert und Dübel für die neue Decke eingebracht.



13.02.2014

Neuer Aufzug für den U-Bahnhof Maillingerstraße

SWM/MVG erneuern ab Montag, 17. Februar, den Bahnsteig-Aufzug im U-Bahnhof Maillingerstraße (U1/U7). Der Austausch erfolgt altersbedingt nach gut 30 Betriebsjahren und dauert voraussichtlich bis Ende März. Er umfasst sämtliche Teile des Lifts – von der Kabine über den Antrieb bis hin zur Steuerungstechnik. Der neue Aufzug wird schneller sein als der alte, einen besseren Bedienkomfort bieten, weniger Energie verbrauchen – und dank moderner Technik vor allem noch zuverlässiger Dienst tun. Eine neue Beleuchtung auf LED-Basis sorgt dafür, dass die Kabine künftig noch heller ist und freundlicher wirkt als bisher. Während der Bauarbeiten ist der Bahnsteig nicht per Aufzug erreichbar. Kunden werden gebeten, nach Möglichkeit auf die Rolltreppen und Treppen bzw. die benachbarten U-Bahnhöfe auszuweichen. Die genaue Lage des Aufzugs zeigt www.mvg-zoom.de; es handelt sich um den Aufzug MA 01.

Bis Ende 2017 erneuern SWM/MVG insgesamt 45 Aufzüge in der U-Bahn. Das entspricht gut 25 Prozent von 175 bestehenden Anlagen. Die Investitionskosten für dieses zweite Aufzugserneuerungsprogramm liegen bei rund sieben Millionen Euro. Im Rahmen eines ersten Erneuerungsprogramms hatten SWM/MVG von 2008 bis 2012 bereits 45 Aufzüge ausgetauscht und auf den neuesten Stand der Technik gebracht.

Herausgeber
Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
T +49 (0)89/23 61-50 42
@ presse@swm.de
I www.swm.de

Redaktion
Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
T +49 (0)89/23 61-60 42
@ korte.matthias@swm.de
I www.mvg-mobil.de